

„Nie wieder!“

Angesichts der Übergriffe auf Jüdinnen und Juden weltweit und des Angriffs der Hamas auf die Bevölkerung in Israel mahnt uns der 85. Jahrestag der Novemberpogrome umso mehr, dass Gedenken und Erinnern verbunden sein muss mit aktivem Handeln gegen jede Form des Antisemitismus. Für die Sicherheit und den Schutz von jüdischen Mitmenschen einzustehen, bedeutet klar zu benennen, dass dieser Hass nicht vom Himmel fällt, sondern leider auf fruchtbaren Boden beruht. Antisemitische Weltbilder, Einstellungen und Taten brechen sich nicht erst jetzt Bahn. Wir beobachten sie in der Sprache und dem Handeln der extrem rechten AfD oder im Rahmen von Verschwörungsideologien im Rahmen von sogenannten „Montagsspaziergängen“. Sich das in Erinnerung zu rufen, ist notwendig, weil man der politischen Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus nur gerecht wird, wenn man nicht in die Falle tappt, es auf „andere“ abzuschieben.

Wenn zum Beispiel aus rechten oder konservativen Kreisen allein auf den vermeintlich „importierten Antisemitismus“ abgestellt wird, ist das ein gefährliches Reinwaschen von der historischen Verantwortung einerseits und eine Verharmlosung der kontinuierlichen Verankerung antisemitischer Denkmuster in der Breite der Gesellschaft andererseits. Erinnern muss verbunden sein mit konkretem politischem Handeln. Sei es mit orientierter Arbeit von Polizei und Justiz bei der Verfolgung von Straftaten, zu der die Beratungs- und Meldestellen im Land einen wichtigen Beitrag leisten. Oder mit der Förderung und Sichtbarmachung einer jüdischen Gegenwartskultur. Dazu leisten bereits viele wie die jüdische Landesgemeinde, der Yiddish Summer, die Achava-Festspiele oder auch die erfolgreiche Bewerbung um das UNESCO-Weltkulturerbe einen wichtigen Beitrag. All das ist Teil von „Nie wieder!“ Und das zu unterstützen ist die Verantwortung der demokratischen Fraktionen im Thüringer Landtag, der Beschluss des Landtages der letzten Legislatur ernst gemeint ist, in dem sich das Parlament verpflichtet hat, jeder Form des Antisemitismus schon im Entstehen mit aller Konsequenz entgegenzutreten.

*Christian Schaft, Sprecher für
Wissenschaft, Hochschule und
Forschung*



Linker Ticker

Nach der Bekanntgabe der Ergebnisse der Steuerschätzung erklärt Ronald Hande, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Der Rückgang der geschätzten Steuereinnahmen ist nahezu vollständig eine Folge der unverantwortlichen CDU-Politik. Somit bleibt die Senkung der Grunderwerbsteuer teure Effekthascherei.“ **Ronald Hande** wertet die Ergebnisse der Steuerschätzung als grundsätzlich solides Finanzfundament für Thüringen und seine Kommunen. „Lediglich die für den Bausektor weitestgehend ohne Auswirkungen bleibende Steuerentlastung der Immobilienbranche beim Grunderwerb reißt ein Loch in die Kasse für 2024 und stellt den Landeshaushalt dauerhaft vor große Herausforderungen“, erklärt Ronald Hande. „Ich kann nur hoffen, dass die demokratische Opposition im Landtag wieder zur Vernunft kommt und die wirren Spielchen endlich durch eine reale Politik mit Sinn und Verstand ersetzt und für das Gelingen eines Haushaltes für das Jahr 2024 aktiv und konstruktiv beiträgt.“ +++ Anlässlich der geplanten Sondersitzung der Strafvollzugskommission zum geplanten Neubau der Justizvollzugsanstalt in Zwickau-Marienthal erklärt **Karola Stange**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Mitglied der Strafvollzugskommission: „Nach der medialen Berichterstattung über die Verzögerungen des JVA-Neubaus in Zwickau hat die Strafvollzugskommission des Thüringer Landtags zu einer Sondersitzung eingeladen. Es wird darum gehen, sich über die aktuelle Situation zum Neubau zu verständigen.“ Über die Ergebnisse werden wir berichten. +++ Am Rande der Anhörung zum Entwurf des Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetzes der Koalitionsfraktionen erklärt **Kati Engel**, Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Das zugrunde liegende Bundesgesetz verfolgt das Ziel, den fachlichen Weiterentwicklungsbedarf in unterschiedlichen Aufgabenfeldern der Kinder- und Jugendhilfe aufzugreifen und die entsprechenden rechtlichen Grundlagen in einem abgestimmten Gesamtkonzept für eine moderne Kinder- und Jugendhilfe fortzuentwickeln. Für Thüringen heißt das, notwendige gesetzliche Anpassungen vorzunehmen.“

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Redaktion: Lisa Hilpert
V.i.S.d.P.: Olaf Weichler
Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
Web: www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 3. November 2023



Rückblick auf das Plenum

Vom 1. - 3. November 2023 im Thüringer Landtag

Änderung des Rettungsdienstgesetzes beschlossen

Der Thüringer Landtag hat in der Sitzung des November-Plenums die geplante Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes beschlossen. Vorausgegangen Debatten und Anhörungen von Praxispartner:innen im zuständigen Innen- und Kommunalausschuss lieferten die Grundlage für den Mehrheitsbeschluss im Landtag.

Dazu erklärt Donata Vogtschmidt, Sprecherin für Katastrophenschutz und Feuerwehr der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Heute hat der Thüringer Landtag den rot-rot-grünen Gesetzentwurf zur Novellierung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes mit Änderungen beschlossen, sodass ab dem 1. Januar 2024 mehrere neue Regelungen in Kraft treten werden: Darunter das nunmehr gesetzlich verankerte neue Instrument des Telenotarztes, wenn der klassische Notarzt in Folge von großflächigen Ausfällen oder Behinderungen nicht selbst vor Ort sein kann. Ebenso die Einführung einer Erprobungsregelung für den Einsatz der smartphonebasierten Ersthelferalarmierung, sodass es künftig möglich sein könnte, Menschen in Notsituati-

„Ab dem 01.01.2024 treten mehrere neue Regelungen in Kraft: Darunter beispielsweise das neue Instrument des Telenotarztes“

Donata Vogtschmidt,
Sprecherin für Katastrophenschutz
und Feuerwehren

nen noch schneller zu helfen. Etwa 65.000 Personen sterben jedes Jahr an einem Herzstillstand, nach etwa drei bis vier Minuten ohne qualifizierte Hilfe können bei einem Herzstillstand bereits bleibende Schäden eintreten. Künftig können Thüringer Leitstellen neben der Alarmierung des Rettungsdienstes testweise ergänzend qualifizierte Ersthelfer in der Umgebung des Notfallortes per App alarmieren, so kann das sogenannte ‚therapiefreie Intervall‘ verkürzt werden.“ Zu den weiteren Änderungen gehört eine Anpas-

sung der zum 31.12.2023 auslaufenden Frist zur Nachqualifizierung von Rettungsassistent:innen hin zu höherwertig ausgebildeten Notfallsanitäter:innen. Diese Frist wird für den Bereich der Leitstellen und der Fahrerinnen und Fahrer der Notarzteinsatzfahrzeuge noch bis zum Jahresende 2028 verlängert. Außerdem werden die verpflichtende Umsetzung des barrierefreien Notrufs, die Einführung einer Experimentierklausel für neue Versorgungskonzepte und eine Regelung zur Kostenerstattung von Führerscheinen im Rettungsdienst geregelt. Der Gesetzentwurf konnte den Landtag passieren, nach dem sich DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und FDP auf einen gemeinsamen Landtagsbeschluss verständigt hatten.

„Mit dem beschlossenen Entwurf tragen wir verantwortungsvoll dafür Sorge, dass Thüringen ein sicheres Bundesland bleibt und künftig noch sicherer sein wird. Der Dank gilt den Praxispartner:innen für den konstruktiven Austausch auf Augenhöhe während der Ausschussanhörungen!“, so Vogtschmidt abschließend.

„Abschiebungen sind nicht die Lösung“

Reaktion auf Aktuelle Stunde im Plenum des Thüringer Landtags

Die Abgeordnete Katharina König-Preuss reagiert im November-Plenum auf Aussagen der Fraktionen CDU und der Gruppe der FDP zur Debatte um Asylverfahren:

„Ich muss jetzt doch noch mal nach vorne, weil es mir wirklich so richtig gegen den Zeiger geht. Hier wird erklärt, wenn man die Leute abschieben würde, wäre alles in Ordnung. Dann wären alle Probleme gelöst. Real reden wir darüber, dass 618 Menschen, die in Thüringen gerade leben, abgeschoben werden könnten. Und Sie meinen, damit wären dann alle Probleme geklärt. Anstelle zu schauen, welche Varianten es gibt, wie man die Herausforderungen angeht, kommt von Ihnen einzig und allein die Antwort: Abschieben, abschieben, abschieben. Was Sie damit machen, ist,

auf dem Rücken der Schwächsten der Schwachen eine Politik auszutragen, die nichts anderes macht, als dieser Rechtsaußenpartei am Ende noch die Prozente zu bescheren. Das müssen Sie sich mal klar machen! Sie reden hier über Asylverfahren an den europäischen Außengrenzen. Sie haben alle Moria vergessen. Sie haben die brennenden Flüchtlingslager vergessen. Sie haben vergessen, was dort passiert. Sie haben vergessen, dass dort Menschen, die einen Asylantrag stellen wollen, die schwerste Fluchtwege hinter sich haben, von Ratten angefressen werden. Lebendige Menschen von Ratten. Das wollen Sie. Das forcieren Sie, wenn Sie sagen Asylverfahren an den Außengrenzen. Kommen Sie endlich auf die progressive Ebene und stützen Sie nicht mehr die Politik der AfD.“



Katharina König-Preuss,
Sprecherin für
Migrationspolitik,
Antifaschismus und
Antirassismus



Vergabegesetz weiterentwickelt

Faire Bezahlung und Abbau von Bürokratie

Trotz schwieriger Verhandlungen zwischen der Regierungskoalition DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN und der Oppositionsfraktion CDU zum Thüringer Vergabegesetz auf der Grundlage eines Gutachtens und einer Anhörung im Ausschuss konnten die wirtschaftspolitischen Sprecher der Fraktionen ein gemeinsames Ergebnis erzielen. Das Thema stand auf der Tagesordnung des Sonderausschusses Anfang November und wurde im Plenum anschließend beschlossen. Andreas Schubert, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Die Einigung ist ein Kompromiss. Ab dem 1. Januar 2024 liegt der gültige vergabespezifische Mindestlohn damit bei 13,91 Euro - 1,50 Euro über dem bundesweiten Mindestlohn. Faire Bezahlung soll somit auf Landesebene weiter gestärkt werden“, erklärt der Abgeordnete. „Es ist kein Geheimnis, dass wir den Anwenderkreis gerne noch deutlich mehr ausge-

weitert hätten. Aus unserer Sicht sollte das Vergabegesetz zukünftig auch auf kommunaler Ebene Anwendung finden, um Lohndumping zu verhindern und gerechte Bezahlung für die Beschäftigten zu gewährleisten.“ Der Kritik an zu hohen bürokratischen Hürden im Gesetz wurde zudem Rechnung getragen. „Eine Eigenerklärung der Unternehmen, die verstärkte Nutzung der zentralen Vergabeplattform und eine stärkere Digitalisierung des gesamten Verfahrens modernisieren das Gesetz. Gleichzeitig haben wir als Koalition dafür gesorgt, dass sich auch künftig Nachunternehmer an die Vorgaben des Vergabegesetzes halten müssen und Verstöße nicht folgenlos bleiben“, betont der LINKE-Wirtschaftspolitiker.

Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist und bleibt eine der wenigen wirksamen Stellschrauben für eine gute Entwicklung des Landes. Schubert weiter: „Gerade bei öffentlichen Aufträgen, die mit Steuergeldern finanziert werden, ist die

Politik in der Pflicht, für einen fairen Wettbewerb zu sorgen. Der Markt allein regelt nur Angebot und Nachfrage, die Politik setzt Rahmenbedingungen

für soziale und ökologische Standards. Mit der Weiterentwicklung des Thüringer Vergabegesetzes werden wir dieser Verantwortung gerecht.“



Rot-Rot-Grün will öffentlichen Gesundheitsdienst stärken

Einbringung des Gesetzesentwurfs zur Neuordnung

Der gesundheits- und pflegepolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Ralf Plötner zur Einbringung des Gesetzesentwurfs zur Neuordnung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes in Thüringen am Freitag des Plenums im Thüringer Landtag: „Die mittlerweile 30 Jahre alte Verordnung über den Öffentlichen Gesundheitsdienst wird durch das neue Gesetz abgelöst. Ein zentraler Aspekt ist die Stärkung präventiver Ansätze. Hier wurden Lehren aus der Covid-19-Pandemie gezogen. Frühzeitige Prävention, die Stärkung des Public-Health-Gedankens und die Implementierung neuer Technologien innerhalb der Strukturen der unteren Gesundheitsbehörden bilden die Säulen des Gesetzes.“ Unter anderem wurden auch die Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus der Covid-

19-Pandemie im neuen Gesetz aufgegriffen. Durch eine jährliche Gesundheitsberichterstattung und eine Landesgesundheitskonferenz werden präventive Ansätze gestärkt und die unteren Gesundheitsbehörden frühzeitig in die Lage versetzt, für den öffentlichen Gesundheitsschutz zu sorgen. „Mit einer neuen Bündelungsbehörde sorgen wir für Synergieeffekte, da bereits bestehende Aufgaben der öffentlichen Gesundheitsvorsorge unter dem Dach des Landesamtes für Verbraucherschutz verstetigt werden. Das Gesetz führt zu einer klaren Aufgabenzuweisung, die die unteren Gesundheitsbehörden von Koordinierungsaufgaben entlastet und sie ihrem eigentlichen Kernauftrag überführt - einer nicht-profitorientierten öffentlichen gesundheitlichen Daseinsvorsorge“, erklärt Plötner.



Gedenken an Opfer der Novemberpogrome

Vorsitzender Steffen Dittes verurteilt zunehmenden Antisemitismus



„Wir gedenken der Opfer der Novemberpogrome im Jahr 1938. Die organisierte Gewalt tötete in dieser Nacht hunderte Jüdinnen und Juden, brannte Synagogen nieder und zerstörte Geschäfte und Wohnhäuser. Die Pogrome waren der erste Höhepunkt der antisemitischen Gewalt in Deutschland, welche mit antisemitischer Propaganda und Stereotypen begann und zur Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden führte.

Angesichts dessen stehen wir ganz besonders in der Verantwortung, uns antisemitischen, rassistischen, menschenfeindlichen Ideologien entschieden entgegenzustellen“, erklärt anlässlich des 85. Jahrestages der Novemberpogrome am 9. November der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Steffen Dittes. Doch gerade jene antisemitische Stereotypen und Verschwörungserzählungen sind momentan wieder auf dem Vormarsch. „Es besorgt mich, dass nach den Terrorangriffen der Hamas gegen Israel Antisemitismus zunehmend Raum greift. Diszens über historische und politische Zusammenhänge, Debatte und Streit darüber gehören zur gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung dazu. Doch eines darf es nie wieder geben: die Legitimation von Terror, die Entsolidarisierung mit Opfern und dass Jüdinnen und Juden - wie auch kein anderer Mensch - aufgrund ihres Glaubens oder ethnischen Zugehörigkeit zum Ziel von Hass und Gewalt werden.“

Auch in den Zeiten der verschiedenen Krisen wurden Jüdinnen und Juden in der Bundesrepublik als populärer Sündenbock missbraucht. Der Bericht „Antisemitische Vorfälle in Thüringen 2022“ der Recherche- und Informationsstelle (RIAS) Thüringen gibt an,

dass 79 Prozent der dokumentierten Fälle einen verschwörungsideologischen Hintergrund hatten. Besonders im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine gewannen diese Erzählungen an Popularität.

Darüber hinaus ist der Post-Shoah-Antisemitismus der Auswertung von RIAS zufolge in Thüringen besonders präsent. Post-Shoah-Antisemitismus bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen abgelehnt wird oder NS-Verbrechen bagatellisiert werden. Im Jahr 2022 erschien diese Form des Antisemitismus in 87 Prozent aller gemeldeten Vorfälle, was eine erneute Steigerung um 12 Prozent im Vergleich zu 2021 bedeutete.

„Die Gräueltaten der Novemberpogrome und des gesamten Massenmordes an den europäischen Jüdinnen und Juden zu negieren, zu verharmlosen oder gar eine Schuldumkehr darzustellen, ist in Thüringen, dem Land, in welchem die Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau-Dora, das Unternehmen Topf und Söhne sowie zahlreiche NS-Rüstungsbetriebe beheimatet waren, so unvorstellbar, dass uns manchmal die Worte fehlen mögen. Aber trotzdem ist es unsere Pflicht zu widersprechen und einzugreifen, wenn Antisemitismus verbreitet wird und das Leben von Jüdinnen und Juden angegriffen wird.“ Diese Angriffe sind in Deutschland leider weiterhin an der Tagesordnung. So verzeichnete die Jahresstatistik zu politisch motivierter Kriminalität in 2022 insgesamt 2.641 antisemitische Straftaten. Mit über 80 Prozent davon entfällt der Großteil auf den sog. „Phänomenbereich rechts“ und weitere 343

„Eines darf es nie wieder geben: die Legitimation von Terror, die Entsolidarisierung mit Opfern und dass Jüdinnen und Juden aufgrund ihres Glaubens oder ethnischen Zugehörigkeit zum Ziel von Hass und Gewalt werden.“

Steffen Dittes
Vorsitzender Fraktion
DIE LINKE im Thüringer Landtag

Taten werden als „nicht zuzuordnen“ gelistet, wovon sich im Jahr 2022 regelmäßig verschwörungsideologische Täter:innen und ähnliche verbargen.

„Unsere Verantwortung endet nicht beim Kampf gegen Antisemitismus und dem Schutz jüdischen Lebens. Es ist heutzutage unsere Aufgabe, jüdisches Leben und jüdische Kultur zu fördern, das zeitgenössische jüdische Gemeindeleben und das Engagement zur Bewahrung des jüdischen Erbes aktiv zu unterstützen. Das Erfahren jüdischer Kultur muss selbstverständlicher Teil der vielfältigen Kultur in unserem Land sein“, schließt der Dittes ab.

9. November 1938

Als „Kristallnacht“ oder „Novemberpogrome“ werden die Terrorakte gegen Jüdinnen und Juden bezeichnet, die vor allem in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 im gesamten Deutschen Reich stattfanden. Von der NS-Führung zentral organisiert und gelenkt, wurden die Gewaltaktionen auf lokaler und regionaler Ebene von Angehörigen der SA und der SS mit einem hohen Maß an Eigeninitiative durchgeführt. Ungefähr 400 Menschen wurden ermordet oder in den Suizid getrieben. Über 1.400 Synagogen und Betstuben sowie etwa 7.500 Geschäfte und Wohnungen wurden zerstört, jüdische Friedhöfe und andere Einrichtungen der Gemeinden wurden verwüstet. In den Tagen danach verhaftete die Gestapo etwa 30.000 jüdische Männer und verschleppte sie in Konzentrationslager, Hunderte wurden dort ermordet oder kamen zu Tode. Überlebende Häftlinge wurden größtenteils nach einigen Wochen und Monaten wieder freigelassen.

Der 9. November 1938 markiert den Übergang von der seit 1933 betriebenen Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung zu ihrer systematischen Verfolgung. Den in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden wurde spätestens jetzt klar, dass sie sogar ihres Lebens nicht mehr sicher waren. Die Zahl derjenigen, die sich um ihre Emigration bemühten, schnellte nach dem 9. November 1938 sprunghaft in die Höhe. In den wenigen Monaten bis Kriegsbeginn verließen etwa 200.000 Jüdinnen und Juden das Reich.

StadtLand Parlament zum Abschluss der IBA im Landtag

Nach 10 Jahren endet die internationale Bauausstellung Thüringen

Nach zehnjähriger Projektlaufzeit endet in diesem Jahr die Internationale Bauausstellung Thüringen (kurz: IBA Thüringen). Das zentrale Motiv bildete dabei das StadtLand, das für die kleinteilige räumliche Struktur in Thüringen und die daraus entstehenden zahlreichen komplexen Fragestellungen steht, die es mit kreativen Ansätzen zu lösen gilt. Im Rahmen der IBA konnten mit Unterstützung der unterschiedlichsten Akteur:innen zahlreiche Realprojekte in Thüringen etabliert und ein fortschrittlicheres Bauen als Lösungsansatz erprobt werden. Im Laufe der intensiven Arbeit haben sich mehr als 1.400 Menschen, deren Engagement und Eigeninitiative das Gelingen der Projekte maßgeblich mitbestimmten, im IBA-Netzwerk zusammengefunden.

Dazu gehörten unter anderem Vertreter:innen aus Städten und Gemeinden, Initiativen, Landesgesellschaften, Vereinen, Genossenschaften etc., aber auch Privatpersonen, die sich zusammengeschlossen und auf verschiedenen Ebenen miteinander gearbeitet haben. Ergebnis dieser Zusammenarbeit sind nicht nur die zahlreichen erfolgreichen Projekte in Thüringen, sondern auch der Abschluss der Veranstaltungsreihe StadtLand, die beispielhaft für die intensive Kommunikation der IBA

Thüringen an und mit der Öffentlichkeit steht. Das sogenannte „StadtLand Parlament“ fand am 18. Oktober 2023 im Plenarsaal des Thüringer Landtags statt und schließt damit die Veranstaltungsreihe StadtLand Parlament ab. Mit dem Ziel, Erfahrungen zu teilen und Akteur:innen aus Politik und Verwaltung in Thüringen Empfehlungen auszusprechen, sprachen im Rahmen der Endpräsentation unter anderem die Geschäftsführerin Dr. Martina Doehler-Behzadi und Prof. Dr. Barbara Schöning, Staatssekretärin im Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, aber auch die Beteiligten der mehr als 30 durchgeführten Projekte berichteten von ihren Erlebnissen und auch überraschenden Erkenntnissen.

„Die Projekte noch einmal aus Sicht der beteiligten Akteur:innen kennenzulernen, hatte für mich einen großen Mehrwert. Die IBA hat in Thüringen eine Bandbreite an neuen Projekten hervorgebracht, die die langfristige Entwicklung des Freistaates nachhaltig prägen werden. Dabei profitieren das Land und seine Bewohner:innen nicht nur von den nun sichtbaren guten Ergebnissen, sondern auch von den innovativen Prozessen, die die Projekte in dieser Form erst möglich machten und

eine zukunftsweisende Wirkung für ganz neue Maßnahmen besitzen.“ Ergänzt wurden die Ausführungen durch den Abschlussbericht mit dem Titel „StadtLand Positionen“, der einen Blick in die Zukunft wagt. Entstanden im Rahmen des „StadtLand Forums“, an dem über 600 Akteur:innen mitwirkten, führt das Positionspapier 15 prägnante Empfehlungen und Forderungen aus, die auf die gesammelten Erfahrungen der letzten zehn Projektjahre Bezug nehmen und eindeutige Impulse für die künftige Entwicklung Thüringens darstellen. Es stehen dabei insbesondere die ländlich geprägten Räume Thüringens und der Appell für eine weitere Stärkung und Ermächtigung dieser Regionen im Vordergrund. Dazu gehört auch die Sicherung der Versorgung mit medizinischen Strukturen, für die sich die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag in Erfüllung ihres Ziels „Thüringen überall gleich gut“ bereits mit verschiedenen Ansätzen einsetzt. Die Förderung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen sind fester Bestandteil der Arbeit der Fraktion. „Wir plädieren ebenfalls für eine Reduzierung des Flächenverbrauches durch den Menschen, die Stärkung von Stoffkreisläufen zur Sicherung regionaler, klimafreundlicher Ressourcen wie beispielsweise Lehm oder Holz, und für noch intensivere Betätigungen zur Erfüllung der Klimaziele. Da diese Bestrebungen nicht ohne die Mithilfe der Menschen gelingen können, unterstützen wir die Forderungen nach mehr Möglichkeiten für alternative Organisationsformen, die eine stärkere Selbstermächtigung und Emanzipation der Gesellschaft zulassen und starre Organisationsformen aufbrechen.“

All das braucht eine intensive Auseinandersetzung zwischen Akteur:innen aus der Politik, Verwaltung und Gesellschaft, wie die IBA Thüringen gezeigt hat. Umso erfreulicher ist also, dass der bereits begonnene Austausch an zahlreichen Stellen auch nach Ausstellungsende weitergeführt wird und einzelne Projekte, wie etwa die Leer-Gut - Agent:innen, die die Reaktivierung von Objekten begleiten, durch die engagierten Beteiligten weitergeführt werden. Die IBA hat mit ihren zahlreichen Projekten verdeutlicht, was eigentlich allen bewusst sein sollte: Die zahlreichen verlassenen Grundstücke und Gebäude, die es allein in Thüringen gibt, besitzen ein großes Potenzial für die Entwicklung des Landes, das genutzt und gefördert werden muss. Die Aktivierung brachliegender Gebäude bietet enorme Chancen für Städte und Gemeinden, da nicht nur Ortsbilder verbessert werden, sondern auch räumliche Ressourcen, Rohstoffe und Energie eingespart werden können und so ein positiver Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird.

CDU Erzählung in Luft aufgelöst

UA 7/3 pol. motivierte Gewalt

Zur Sitzung im Untersuchungsausschuss 7/3 zu „Politisch motivierte Gewaltkriminalität“ erklärt Katharina König-Preuss, Obfrau der Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag: „Die mit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses begonnenen Erzählungen der CDU, haben sich mit der heutigen Sitzung endgültig in Luft aufgelöst. Der von ihnen auserwählte Kronzeuge Johannes D. machte heute deutlich, dass es in Thüringen keine ‚Linke Terrorzelle‘ gab. Die CDU versucht, ein selbst erfundenes Gespenst zu fangen. Dass sie dabei auch die absurde Theorie einer bewussten staatlichen Finanzierung solcher Gruppen bedient, ist ein Ausdruck von populistischer Verzweiflung. Damit ist die CDU heute endgültig gescheitert.“

„Die Anhörung des Zeugen Johannes D. hatte keinerlei Relevanz, keinerlei Mehrwert für den Untersuchungsausschuss, alles wurde bereits mehrfach im Prozess in Dresden sowie in unterschiedlichsten medialen Formaten berichtet. Keinerlei Neuigkeitswert, keinerlei für den Untersuchungsausschuss relevanter Erkenntnisgewinn. Der Zeuge stellte mehrfach fest, dass es keine ‚linken Terrorzellen‘ in Thüringen gibt, er keine Verbindungen nach Thüringen hat, er über keinerlei Wissen zu linken Gruppen in Thüringen verfügt.“, so die Abgeordnete.

Zum Abbruch der Anhörung des Zeugen Hans-Georg Maaßen gleichen Sitzung erklärt König-Preuss weiter: „Kein Zeuge, sondern eine Fakenewsschleuder saß uns in der Sitzung gegenüber. Er versuchte nicht nur die Landesregierung und den Präsidenten des Thüringer Amtes für Verfassungsschutz auf Basis von falschen Darstellungen zu diskreditieren, sondern ebenso die Bundesministerin des Inneren, Nancy Faeser. Der Untersuchungsausschuss ist ein scharfes Schwert des Parlaments, das nicht missbräuchlich verwendet werden sollte und erst recht kein Podium für derartige falsche Äußerungen ist. Dies hat der Zeuge Maaßen mehrfach versucht, auch nach Ermahnung des Vorsitzenden, dass er zur Wahrheit verpflichtet sei und Tatsachen darstellen müsse.“ Man hoffe, dass dies die einzige Sitzung des Untersuchungsausschusses bleibt, die derartig wenig Erkenntnisse bringe, hingegen viele Ressourcen kostet, und in der ein Zeuge sogar versucht, mit falschen Informationen zu agieren. „Wir sollten wieder zur Aufklärungsarbeit zurückkehren und uns den wirklich wichtigen Inhalten zuwenden.“, erklärt die Abgeordnete abschließend.



Von Brüssel nach Thüringen

Welchen Einfluss haben EU-Gesetze auf den Freistaat?

Vorschlag zum Europäischen Behinderten- und Parkausweis

Name: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung des Europäischen Behindertenausweises und des Europäischen Parkausweises für Menschen mit Behinderungen

Bereich: Soziales

In einem Satz: Die Richtlinie dient der Einführung eines einheitlichen Behindertenausweises und -Parkausweises und der Sicherstellung der damit einhergehenden Rechte für die gesamte EU.

Worum geht's?

Der Vorschlag ist Teil der Leitinitiativen der „Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030“. Es geht um die Einführung eines nach einheitlichen Muster gestalteten und damit europaweit erkennbaren und gültigen Behindertenausweises und Europäischen Parkausweises für Menschen mit Behinderungen, als Nachweis für ihr anerkanntes Recht auf Zugang zu Sonderkonditionen, oder besonderen Parkrechten. Verbunden damit sind Vorschriften, nach denen die Mitgliedsstaaten sicherstellen müssen, dass Inhaber*innen der Ausweise, sowie den sie begleitenden oder unterstützenden Personen, diese Rechte gewährt werden.

Wenn es durchkommt...

...müssen die zuständigen Behörden der jeweiligen Länder die neuen Ausweise in physischer und digitaler Form jenen mit Anspruch darauf zu Verfügung stellen. Die Informationen zum Erhalt der Ausweise müssen in barrierefreien Formaten verfügbar sein.

Indem gemeinsame europäische Regeln und Bedingungen für die Ausweise geschaffen werden, wird eine wirksamere und inklusivere Teilhabe und Eingliederung von Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft gewährleistet, besonders beim Recht der Freizügigkeit.

Für Thüringen bedeutet das...

..., dass die zuständigen Behörden die aktuellen Dokumente den neuen EU-Vorschriften anpassen müssen. Gegebenenfalls bräuchte es Schulungen für Behördenmitarbeiter:innen, Dienstleister:innen und andere relevante Akteur:innen, um sicherzustellen, dass die neuen Regelungen effektiv umgesetzt werden.

Menschen mit Behinderungen in Thüringen würden von einem europaweit anerkannten Behindertenausweis profitieren und ihre Rechte in der gesamten EU wahrnehmen können. Inhaber:innen der Ausweise aus der gesamten EU wiederum können sich auch in Thüringen problemlos ausweisen und so sichergehen, ihre Rechte in Anspruch nehmen zu können.



Das vollständige Dokument mit den Informationen der EU finden Sie unter: www.dserver.bundestag.de

Vermeintliches Angebot der Deutschen Bahn für einen „Weihnachtsfrieden“ ist fauler Kompromiss für die Beschäftigten

Fraktion DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten

Um etwaige Streikaktionen bei der Deutschen Bahn in der Weihnachtszeit schon im Vorfeld zu unterbinden, hat die Bahn der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) ein Angebot über vorzeitige Schlichtungsgespräche und einer damit verbundenen Friedenspflicht unterbreitet.

So soll die Friedenspflicht, die Ende Oktober ausgelaufen ist, über die Weihnachtszeit hinaus verlängert werden. Die Bahn bietet der GDL eine „Vorschusszahlung“ in Höhe von 1500 Euro zu Weihnachten an. Die Gewerkschaft GDL fordert für die Beschäftigten eine monatliche Lohnerhöhung von mindestens 555 Euro mit einer 12-monatigen Laufzeit sowie einer Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 3000 Euro für Voll- und Teilzeitkräfte, für Azubis 1500 Euro. Außerdem strebt sie eine

Arbeitszeitverkürzung auf eine 35-Stunden-Woche an. Die arbeits- und gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Lena Saniye Güngör, zeigt sich verärgert über die Haltung der Arbeitgebenseite: „Die Forderungen der GDL sind berechtigt, auch und gerade weil in der letzten Verhandlungsrunde bereits Zurückhaltung geübt wurde. 2021 hat die GDL in der letzten Tarifverhandlung mit der Deutschen Bahn einer 3,3-prozentigen Lohnerhöhung zugestimmt. Die steigenden Kosten der Inflation konnten hier jedoch noch gar nicht berücksichtigt werden. Zum zweiten Mal in den letzten Monaten erleben wir außerdem, dass die Arbeitgebenseite im Vorfeld Streikaktionen aktiv unterbinden will und so eine einseitige Lösung im Tarifkonflikt anstrebt.

Dieses Verhalten hat bereits der Arbeitgebendenverband HDE in den Tarifverhandlungen im Einzelhandel an den Tag gelegt. Hier wurde schon im Vorfeld der Tarifverhandlungen ein Beschluss gefasst, dass die dem Verband zugehörigen Unternehmen eine Lohnerhöhung von 5,3 Prozent vornehmen sollten. Anscheinend wird es vermehrt zu einer gelebten Praxis der Arbeitgebenden, unzulässig im Vorfeld der Tarifverhandlungen in deren Verlauf einzugreifen.

Wir als Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag stehen an der Seite der Beschäftigten, die uns jeden Tag von einem Ort zum anderen bringen und sich nicht mit halbgen und vor allem halblegalen Methoden der Streikbekämpfung abspesen lassen“, erklärt die Abgeordnete Güngör abschließend.



Lena Saniye Güngör,
Sprecherin für Arbeits- und
Gewerkschaftspolitik

Wie wir gemeinsam leben wollen

Rückblick auf die Veranstaltung im Thüringer Landtag

Anlässlich des 30. Jahrestages des Landtagsbeschlusses über die Thüringer Verfassung (25. Oktober 1993) fand am 24. Oktober im Thüringer Landtag eine Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE unter dem Titel „Wie wir zusammen leben wollen“ statt. Der Titel der Veranstaltung macht deutlich, dass die Verfassung nicht nur ein Gesetzeswerk ist, „sondern die gesellschaftspolitische und rechtliche Grundlage für das Zusammenleben der Menschen in Thüringen. Umso wichtiger ist es, sich um die inhaltliche Ausgestaltung der Verfassung zu kümmern und den Menschen in Thüringen zu vermitteln, dass Verfassungsfragen jede und jeden betreffen - auch direkt im Alltag“, so Anja Müller, Sprecherin für Demokratie und Verfassung, zu Beginn der Veranstaltung. Sie wies in diesem Zusammenhang insbesondere auf die sozialen Grundrechte und die Regelungen zur direkten Demokratie hin - und darauf, dass gerade in diesen Themenfeldern eine Weiterentwicklung „angesagt“ sei.

Entstehung der Thüringer Verfassung

Im Frühjahr/Sommer 1990 wurde ein Verfassungsentwurf für Thüringen erarbeitet. Dieser Entwurf erarbeitet von einer Arbeitsgruppe der FSU Jena, die geleitet wurde von Prof. Gerhard Riege, spiegelte in erheblichem Umfang die Erfahrungen des Herbstes 1989 wider. Dies betraf nicht nur das Thema direkte Demokratie, sondern auch soziale Sicherheit und soziale Rechte. Einige der Inhalte, wie die Rolle, die Arbeit und die politischen Teilnahmerechte von Bürgerinitiativen und Bürgerbewegungen, fanden schließlich Eingang in die 1993 beschlossene Verfassung, auch dank eines eigenen Verfassungsentwurfs und der Arbeit der PDS-Fraktion im Verfassungsausschuss des Thüringer Landtags.

Die Thüringer Verfassungsinitiative

Gabriele Zimmer, Abgeordnete des Thüringer Landtags von 1990 bis 2004 und später Mitglied des Europaparlaments von 2004 bis 2019, erläuterte, wie die Thüringer Verfassungsinitiative durch einen Verfassungsentwurf des damaligen rheinland-pfälzischen Justizministers „gekontert“ wurde. Dieser Entwurf aus dem westdeutschen Partner-Bundesland fand Unterstützung bei der Thüringer CDU. Gleichzeitig verloren die Strukturen der Runden Tische ab Frühsommer 1990 an politischem Einfluss und Bedeutung. Es wurde betont, wie wichtig ein partizipativer Verfassungsprozess „von unten“ aus der Bevölkerung ist, damit sich die Menschen später mit der Verfassung identifizieren und sich aktiv für die Verwirklichung der Verfassungsinhalte einsetzen. In der anschließenden Diskussion wurde es von den Teilnehmer:innen daher als positiv bewertet, dass bei der aktuellen Verfassungsdiskussion im Thüringer Landtag zumindest durch umfangreiche Anhörungen dafür gesorgt wurde bzw. wird, dass zahlreiche außerparlamentarische Akteur:innen mit ihren Einschätzungen und Vorschlägen Gehör finden. Die Akteur:innen möchten nun aber mit ihrem Engagement auch tatsächlich ernst genommen werden. Deshalb erwarten sie nun konkrete Ergebnisse in Form von positiven Landtagsbeschlüssen - z. B. die Verankerung von Staatszielen wie Förderung, Ehrenamt, Nachhaltigkeit, Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, die Stärkung von Inklusion und das Verbot der Altersdiskriminierung und den Ausbau der direkten Demokratie.

Gabi Zimmer wies weiter darauf hin, dass nach 1990 leider keine neue gesamtdeutsche Verfassung erarbeitet wurde, obwohl Artikel 146 des Grund-



Abgeordnete Anja Müller führte im Anschluss der Vorträge durch die Diskussion Zusammen mit den Expertinnen und anwesenden Gästen kam es zu einem intensiven Austausch

gesetzes dies vorsieht. Dies wurde als verpasste Chance betrachtet, um die Menschen in Ost- und Westdeutschland näher zusammenzubringen und die Erfahrungen des Herbstes 1989 in einer gemeinsamen Verfassung zu reflektieren. Eine solche Erfahrung hätte es Menschen in Ostdeutschland sicherlich erleichtert, sich mit dem Grundgesetz als für sie neue Verfassung zu identifizieren und die Menschen in Westdeutschland hätten die wichtige Erfahrung machen können, dass die Einheit auch für sie etwas Neues und Sinnvolles (mehr Mitbestimmung, mehr soziale Sicherheit) bewirkt hätte. Die Referentin spannte anschließend den Bogen zum Europäischen Verfassungsprozess und machte deutlich: Auch das Scheitern des Europäischen Verfassungsentwurfs in Volksabstimmungen (z. B. in Frankreich) war sowohl inhaltlichen Defiziten (z. B. zu wenig soziale Rechte), als auch dem Vorgehen (Erarbeitung des Entwurfs ohne wirkliche Beteiligung der Bürger:innen) geschuldet.

Positive Bewertung aktueller Verfassungsdiskussion

In der aktuellen Verfassungsdiskussion im Thüringer Landtag wurde positiv bewertet, dass umfangreiche Anhörungen stattfanden, um die Einschätzungen und Vorschläge zahlreicher außerparlamentarischer Akteure zu berücksichtigen. Diese Akteure erwarten konkrete Ergebnisse in Form von positiven Landtagsbeschlüssen wie der Verankerung von Staatszielen wie Förderung des Ehrenamts, Nachhaltigkeit, Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, Stärkung von Inklusion, Verbot der Altersdiskriminierung und Ausbau der direkten Demokratie.

Abwehr rechter Gefahren

Steffen Dittes, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, hielt einen Impulsbeitrag zur Abwehr von rechtsextremen Gefahren. Er betonte die Bedeutung der

Thüringer Verfassung, des Landtags und der Zivilgesellschaft bei der Abwehr von rechts. Die LINKE-Fraktion forderte die Einführung einer Pflicht zum aktiven Handeln von Staat und Gesellschaft gegen Rassismus, Antisemitismus und (Neo-)Nazismus (Antifa-/Antira-Klausel). Dittes wies darauf hin, wie wichtig es sei, bei der Landtagswahl sicherzustellen, dass Rechtsaußenparteien nicht zu viel Macht erhalten. Renate Wanner-Hopp stellte die Arbeit und Positionen der „Omas gegen Rechts“ vor. Die Bewegung entstand als Gegenbewegung zur Regierungsbeteiligung der österreichischen Rechtsaußenpartei FPÖ. Sie betonte die Bedeutung von Demokratiebildung und -erziehung und verwies auf das Problem, dass die AfD bei Schüler- und Jugendwahlen in Thüringen stark vertreten ist.

Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen

Josef Ahlke, Vorstandsvorsitzender des Vereins „Zukunftsfähiges Thüringen“, stellte die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (UNO) vor und betonte ihre Relevanz für Deutschland und Thüringen. Diese Ziele können als Grundlage für die Weiterentwicklung der Thüringer Verfassung dienen und Antworten auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen bieten.

Schlussbetrachtung und Appell

Bei der Veranstaltung konnte hervorgehoben werden, wie wichtig es ist, die Bedeutung der Verfassung für das alltägliche Zusammenleben den Menschen vor Ort zu vermitteln und öffentliche Diskussionen zu Themen mit Verfassungsbezug zu fördern.

Hinweis: Die Berichterstattung zu dieser Veranstaltung und ihren Themen wird in den kommenden Ausgaben des Parlamentsreports fortgesetzt.



Gabriele Zimmer, ehem. Mitglied des Thüringer Landtags, ehem. Mitglied des Europaparlaments Sie erläuterte, wie die Thüringer Verfassungsinitiative durch einen Verfassungsentwurf des damaligen rheinland-pfälzischen Justizministers „gekontert“ wurde



Delegation aus Sambia

Zu Besuch im Thüringer Landtag

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Karola Stange, begrüßte, gemeinsam mit Landtagspräsidentin Birgit Pommer, Sozialministerin Heike Werner und der Gleichstellungsbeauftragten Gabi Ohler sowie Dr. Cornelia Klisch (SPD), eine Delegation aus politisch aktiven Frauen aus Sambia im Thüringer Landtag.

Die Delegation bestand sowohl aus Angehörigen der Opposition und der Regierungspartei. Das sambische Parlament besteht aus 167 Abgeordneten. Der Anteil der gewählten weiblichen Abgeordneten liege derzeit bei 15,4 Prozent. Als ein sehr wichtiges Anliegen äußerten die Delegations-

teilnehmerinnen, diese Frauen auch durch eine Wiederwahl beizubehalten. Zum ersten Mal gäbe es in Sambia auch eine weibliche Parlamentspräsidentin. Was viele Frauen jedoch von einer politischen Karriere abhalte, sei die Gewalt, die beispielsweise bei Wahlkämpfen herrscht. „Doch wir gehen auf die Frauen zu und ermutigen sie, ihren Weg zu gehen. Weibliche Vorbilder in der Politik helfen dabei, Frauen sichtbarer zu machen“ erklärte eine Teilnehmerin. Die Abgeordnete Princess Kasune erklärte weiter: „Es gibt bei uns einen Frauenausschuss, bei dem alle weiblichen Parlamentsmitglieder mitarbeiten können. Hier wird unter anderem beraten, wie man Gendern, Parität und

mehr Mitbestimmung erreichen und mehr Frauen motivieren kann, Politikerinnen zu werden.“ Mittlerweile sei der Ausschuss auch finanziell ausgestattet und werde im Parlament angehört. Trotz dieser wichtigen Schritte sei beim Thema Gleichstellung noch viel zu tun. „Wir wollen einen Platz am Tisch, wenn es darum geht, den Finanzhaushalt mitzugestalten“, erklärt die Abgeordnete weiter. „Frauenrechte sind Menschenrechte. Die Fragen der Rolle der Frau sind Fragen, die alle Menschen betreffen. Landtagsabgeordnete Birgit Pommer erklärte beim Treffen mit der Delegation: „Was uns eint, ist, dass es immer noch nicht selbstverständlich ist, als Frau in der Politik Beruf und Familie

unter einen Hut zu bringen. Auch deshalb gibt es bei uns in den Fraktionen Gleichstellungs-Sprecherinnen.“ Karola Stange wies darauf hin, dass auch hier im Thüringer Parlament noch lange nicht der Optimalzustand erreicht sei. Seit 2019 habe man leider im Thüringer Landtag keinen Ausschuss für Frauen mehr. „Mein großes Ziel ist die Neueinsetzung in der nächsten Legislatur. Ohne einen solchen Ausschuss fallen Gleichstellungsthemen oft unter den Tisch.“ Stange zeigte sich erfreut über den gemeinsamen Austausch und betont die Wichtigkeit internationalen solidarischen Zusammenhaltes von Frauen in ihrem Einsatz für mehr Gleichstellung in der Politik.

